

Öffentlichkeit als Folgentransparenz

Über ein Regulierungsproblem der modernen Gesellschaft und das Lösungspotential des Journalismus

Horst Pöttker

Die Frage dieses Aufsatzes ist, *was Medien und Journalismus zur Selbststeuerung der Gegenwartsgesellschaft beitragen können, von der ich annehme, dass sie strukturell bedingte Regulierungsdefizite hat.*

Zunächst begründe ich diese Annahme, indem ich das strukturelle Regulierungsdefizit moderner Gesellschaften analysiere. Schlussfolgerungen über Aufgaben und Möglichkeiten des Journalismus als Steuerungshilfe schließen sich an. Um aber den Aspekt der Medienregulierung durch die Gesellschaft nicht ganz zu vernachlässigen, veranschauliche ich meine Thesen anhand eines medienpolitischen Problems: der Pressekonzentration im Lokalen.¹ Am Ende steht konsequenterweise die Überlegung, was der Journalismus selbst tun kann, um Fehlentwicklungen im Mediensystem entgegenzuwirken; und wie realistisch seine Möglichkeiten sind.

1. Öffentlichkeit als Regulierungspotential

Beim Stichwort *Regulierungsprobleme* wird gewöhnlich sofort nach der Funktionstüchtigkeit der beiden Steuerungsmechanismen *Recht* und *Markt* gefragt. Da die Wirkungsweise des Ordnungsgefüges Recht auf der staatlich institutionalisierten Sanktionierung von Normabweichungen beruht (Geiger, Vorstudien 1964, 43-168), steht in rechtspolitischen Debatten die Frage nach den – in der Regel als zu gering empfundenen – Sanktionsmöglichkeiten im Vordergrund; die Rede vom Deutschen Presserat als einem "zahnlosen Tiger" ist dafür exemplarisch. Dagegen hängt die Regulierungskraft des Marktmechanismus von einem freien Wettbewerb ab (Heinrich, 1994, 30-35), so dass wirtschaftspolitische Debatten sich oft auf die Beseitigung von Wettbewerbsbeschränkungen konzentrieren; exemplarisch sind kritische Analysen von Prozessen der Medienkonzentration (z.B. Knoche, 1978; Lange, 1984).

¹ Ein anderes Beispiel aus dem Bereich der Medienregulierung wäre der Niedergang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; vgl. dazu Pöttker, 1991.

Jenseits der üblichen Debatten sind meine Überlegungen von der Annahme bestimmt, dass optimale Selbstregulierung moderner Gesellschaften ein drittes Steuerungselement erfordert, das die beiden anderen ergänzt. Gemeint ist *Öffentlichkeit* im Sinne allgemeiner Zugänglichkeit der Informationen, die für das individuelle und gesellschaftliche Leben, also z. B. auch für das Funktionieren von Recht und Markt, relevant sind. Sanktionen führen nur dann zur Einhaltung von Normen, wenn die in den Normen fixierten Verhaltenserwartungen und die bei davon abweichendem Verhalten zu erwartenden Folgen den Normadressaten bekannt sind. Und freier Wettbewerb führt nur dann zur Optimierung von Produktion und Distribution, wenn die Nachfrager das Warenangebot mit seinen Preisen und Qualitäten überblicken.

In hochkomplexen, manchmal auch als „überkomplex“ oder „unübersichtlich“ (z. B. Beck, 1986, 254-258) charakterisierten Gesellschaften existiert eine Vielzahl von *Barrieren*, die das Subjekt von dem Wissen trennen, das ihm ein Handeln auf der Höhe der kulturellen Möglichkeiten erlaubte. Wenn es in solchen Gesellschaften zu einem Optimum an Selbstregulierung kommen soll, setzt das die Überwindung dieser Barrieren durch die allseitige Vermittlung regulierungsrelevanter Informationen voraus. Dass politische Partizipation politischer Information bedarf, ist nur ein besonders intensiv diskutiertes Beispiel für die Notwendigkeit von Öffentlichkeit als Kommunikationssphäre, zu der im Prinzip alle Subjekte und alle Themen Zugang haben. Hieraus kann sogar ein Grundrecht auf Öffentlichkeit als moderne Form des Grundrechts auf Kommunikation abgeleitet werden.

Zur Analyse von Regulierungsproblemen stehen zwei begriffliche Instrumentarien zur Verfügung, die auf die beiden großen Denktraditionen in der Sozialwissenschaft zurückgehen – die Systemtheorie und die Handlungstheorie. So unterschiedlich die Ausprägungen des systemtheoretischen Denkens von Karl Marx über Emile Durkheim und Talcott Parsons bis Niklas Luhmann gewesen sein mögen, in dieser Tradition werden Handlungsweisen als Elemente von *Funktionszusammenhängen* betrachtet, die sich jenseits der Intentionen der Akteure bilden. Das handlungstheoretische Denken dagegen, als dessen Repräsentanten Max Weber, George Herbert Mead oder Jürgen Habermas gelten können, interessiert sich für den *subjektiven Sinn*, den die Akteure ihrem Tun oder Lassen unterlegen. An dieser Tradition wird oft kritisiert, sie lande bei idealistischem Voluntarismus oder im Mikrokosmos der Individuen und ihrer Interaktionen. Aber vor allem Max Webers dezidiert antifunktionalistischer Entwurf einer sinnverstehenden Methode der Sozialwissenschaft (Weber, 1972, 1-12) konzentriert sich ausdrücklich auf die Frage, wie die *Regelmäßigkeiten* des sozialen Handelns zustande kommen, als die auch große Institutionen wie Verband oder Staat zu begreifen seien (Weber, 1972, 14-30). Als sozialwissenschaftliches Paradigma interessiert sich die Handlungstheorie eben nicht für die Intentionen einzelner, sondern für *typische Sinngebungsweisen*, die bei vielen Akteuren anzutreffen sind.

Beide Begrifflichkeiten, die handlungstheoretische wie die heute vorherrschende systemtheoretische, sind für eine Sozialwissenschaft von umfassender Erklärungskraft unentbehrlich. In den folgenden Überlegungen dominiert die *handlungstheore-*

tische Sicht. Denn im Rahmen des strukturfunktionalistischen Paradigmas werden Regulierungsdefizite leicht geleugnet oder objektiviert, weil dieser Ansatz kein Interesse hat, Fehlentwicklungen auf verbreitete subjektive Täuschungen („Ideologien“) der Handelnden zurückzuführen, die sich kritisieren lassen.

Als Grund eines solchen verbreiteten Irrtums fasse ich eine typische Erfahrung von Menschen in modernen Gesellschaften ins Auge, die sich aus der Struktur dieser Gesellschaftsformation ergibt, wie sie von funktionalistischen Analysen beschrieben wird. Im Zusammenhang damit überlege ich, was Journalisten tun können, um dieses systematisch falsche Bewusstsein zu korrigieren. Dabei betrachte ich den Journalismus nicht als ein nach außen abgegrenztes, mehr oder weniger autonomes soziales System, sondern als eine soziale *Handlungsweise*, der ein auf das Verhalten anderer, also nach außen, auf die ganze Gesellschaft bezogener subjektiver Sinn unterliegt, der durch kritische Analysen wie die folgende beeinflusst werden kann.

2. Regulierungsdefizite am Beispiel der Lokalpresse

Gesellschaftsintegrate können von außen zerstört werden. Sie können aber auch an sich selbst zugrunde gehen. Was Gesamtgesellschaften und Staaten angeht, ist Deutschland im 20. Jahrhundert eine Fundgrube für Beispiele: Das Kaiserreich, die NS-Diktatur und die DDR sind letztlich daran gescheitert, dass ihre Politik katastrophale Kriegsniederlagen oder revolutionäre Umbrüche und in deren Gefolge das eigene Ende herbeigeführt hat. An solchen intern bedingten Zusammenbrüchen von ganzen Gesellschaften werden Regulierungsdefizite besonders deutlich. Und an solchen dramatischen Ereignissen entzündet sich gelegentlich auch ein Interesse der sonst meist auf das Erklären von Regulierungs- und Integrationsprozessen erpichteten Sozialwissenschaft, die Sache einmal von der anderen Seite zu betrachten und zu erklären, warum es zu krisenhaften Prozessen der Fehlregulierung kommt.

Anzunehmen ist freilich, dass nicht jede Krise, nicht jedes Regulierungsdefizit zum dramatischen Ende eines Gesellschaftsintegrats führt. Vielmehr gibt es auch in Integraten, deren Existenz ungefährdet erscheint, mehr oder minder große Bestände an Konfliktstoffen, die latent bleiben, so lange sie den Bestand des Integrats nicht gefährden. Ob ihnen solche Sprengkraft innewohnt, lässt sich in einem Zustand relativer Stabilität schwer entscheiden. Da das also auch kaum jemals auszuschließen ist, täte die Sozialwissenschaft gut daran, sich für Regulierungsdefizite schon zu interessieren, bevor Gesellschaften oder Unternehmen zusammengebrochen sind.

Eine wissenschaftliche Analyse von latenten Regulierungsdefiziten steht vor der Schwierigkeit, Kriterien für das Defizitäre sozialer Prozesse formulieren zu müssen. Aus handlungstheoretischer Sicht kann die subjektive Unzufriedenheit von Menschen ein solches Kriterium sein.

Subjektiv unzufrieden sind z. B. meine Familie und ich mit dem Angebot an Lokalinformationen an unserem Wohnort Bad Homburg, einer Kreisstadt von etwa 50'000 Einwohnern in der Nähe der südhessischen Metropole Frankfurt a. M. Rund-

funkprogramme mit kontinuierlicher Berichterstattung über das örtliche Geschehen gibt es nicht. Bis vor einigen Jahren gab es aber immerhin drei Tageszeitungen mit (mehr oder minder) umfassenden Lokalinformationen. Nachdem der 1862 gegründete, am Ort verlegte "Taunusbote" Ende 1969 sein Erscheinen hatte einstellen müssen (Brückl, 1993, 84, 88), war es Helmuth Bernecker, einem in der Region bekannten Allround-Journalisten, kurz darauf gelungen, mit dem "Taunus-Kurier" eine bewusst an die Tradition anknüpfende neue Heimatzeitung ins Leben zu rufen. Den Mantelteil bezog man vom "Giessener Anzeiger", einem ebenfalls traditionsreichen, etwas farblosen Regionalblatt für Mittelhessen. Wir hatten den „Taunus-Kurier“ abonniert, da der Lokalteil der konkurrierenden, wegen ihrer sozial-liberalen Orientierung für uns durchaus attraktiven "Frankfurter Rundschau" ziemlich dürftig war. (Die örtliche Berichterstattung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ist wegen ihres noch geringeren Umfangs kaum der Rede wert.) Eine weitere Konkurrentin, die "Taunus-Zeitung", bietet zwar ebenfalls einen umfassenden Lokalteil an, kam aber wegen ihres von der "Frankfurter Neuen Presse" stammenden, boulevardesken und unverkennbar konservativ gefärbten Mantels für uns nicht in Frage.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre verstärkte nun die von uns geschätzte "Frankfurter Rundschau" ihre Berichterstattung aus dem Hochtaunuskreis und wies mit einer Werbekampagne auf ihre Qualität auch als Lokalzeitung hin. Wir und weitere Abonnenten wechselten daraufhin vom "Taunus-Kurier" zur "Frankfurter Rundschau", was einer der Gründe war, warum die Heimatzeitung wegen Auflagenschwunds am 30. September 1995 ihr Erscheinen einstellen musste. Die Pointe ist, dass die "Frankfurter Rundschau", nachdem dieser Konkurrent aufgegeben hatte, ihre lokale Berichterstattung aus dem Hochtaunuskreis wieder reduziert hat zugunsten der regionalen aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet. Heute müssen wir, um einen Lokalteil zu lesen, der diesen Namen verdient, zu der einzigen noch am Ort erscheinenden Tageszeitung greifen, deren Mantel uns wegen seines journalistischen Stils und seiner parteipolitischen Affinität nicht gefällt.

Das ganze ist ein kleines Kapitel aus dem dicken Buch mit dem Titel "Pressekonzentration im Lokalen", in dem u.a. eine Landkarte der alten Bundesrepublik Deutschland die rapide Vermehrung der Ein-Zeitungs-Kreise seit den fünfziger Jahren verzeichnet (Pürer/Raabe, 1994, 125), von den ostdeutschen Ländern, wo nach dem Beitritt die Konzentration noch abrupter war, nicht zu reden (Geissler, 1993; Schneider, 1995). Auch wenn dieser Prozess das Mediensystem der Bundesrepublik oder gar die deutsche Gesellschaft nicht sprengen wird, lässt sich in ihm ein latentes Regulierungsdefizit erkennen, das insofern zu Versorgungslücken führt, als in vielen Gebieten keine Vielfalt der Lokalberichterstattung (mehr) gegeben ist. Ähnliche Lücken, denen ähnliche Regulierungsdefizite zugrundeliegen, gibt es in anderen Bereichen, etwa bei der Versorgung mit alltäglichen Konsumgütern, wenn Supermarktketten mit vorübergehenden Niedrigpreisen das Ende von „Tante-Emma-Läden“ herbeiführen, was vor allem für Verbraucher in ländlichen Gebieten wegen der langen Einkaufswege misslich ist, aber auch im Gesundheitswesen oder im öffentlichen Verkehr.

3. Folgenreflexivität als Kompensation gestörter Marktregulierung

Probleme dieser Art führen wir gewöhnlich auf Marktversagen wegen Wettbewerbsverzerrungen auf der Anbieterseite zurück. Grossunternehmen haben z.B. die Möglichkeit, mit anfangs kostspieligen Langzeitstrategien kleine Konkurrenten auszuschalten. Man kann aber auch die Nachfragerseite in Betracht ziehen, deren Handeln von der ökonomischen Theorie merkwürdigerweise als konstant vorausgesetzt wird. Wenn es zu Unzufriedenheit kommt, weil ein Leistungsangebot wegen zu geringer Nachfrage entfällt, hätten ja die potentiellen, jetzt unzufriedenen Kunden dem Entstehen der Versorgungslücke zuvorkommen können, indem sie das betreffende Angebot um des Ziels seiner Erhaltung willen nutzen.

Das hiesse allerdings, mögliche Auswirkungen des eigenen Kaufverhaltens auf die Anbieterseite zu reflektieren, anstatt sich nur *rezeptiv* an deren scheinbar fixen Vorgaben, etwa momentanen Preisunterschieden, zu orientieren. Dieser Gedanke lässt sich zu einer These ausweiten, die der Ausgangspunkt *interaktionistischer* Analysen von Regulierungsproblemen ist: Ein Optimum an problemlösender Selbststeuerung setzt voraus, dass idealiter alle an einem Sozialintegrat beteiligten Subjekte *folgenreflexiv* handeln, d.h. die zu erwartenden Folgen ihres Tuns oder Lassens für das Handeln idealiter aller anderen beteiligten Subjekte (sowie die dann zu erwartenden Rückwirkungen auf sich selbst) zu Komponenten des subjektiven Sinns ihrer Handlungen machen.² Für die Selbstregulierung einer ganzen Gesellschaft besonders wichtig, aber wie wir sehen werden auch besonders schwierig, ist Folgenreflexivität in bezug auf Institutionen und Makrostrukturen, also z. B. beim Wählen in bezug auf Staat und Politik, beim Einkaufen in bezug auf Konsumgüterindustrie und -handel, bei der Mediennutzung in bezug auf Medienbetriebe und -produzenten usw.

Wirtschaftstheoretiker mögen hier einwenden, der Marktmechanismus führe ja gerade deshalb zu einem optimalen Zustand hinsichtlich Produktvielfalt, Preisgefüge, Allokation der Ressourcen usw., weil jedes Wirtschaftssubjekt im Rahmen der gegebenen Bedingungen seinen Vorteil sucht, ohne an Auswirkungen seiner Handlungen auf diese Verhältnisse zu denken. Die klassische Theorie stellt sich die regulierende Funktion des Marktes als *nicht intendierte Nebenfolge* des am Eigennutz orientierten Handelns vor (Bahrtdt, 1984, 118f.), die in dessen subjektiven Sinn nicht einzugehen brauche, weil eine „invisible hand“ die egoistischen Motive in soziale Taten verwandele.

Für das Funktionieren des Marktes müssen allerdings bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, neben der Anerkennung des Eigentums und der Zweckrationalität des Handelns der Marktteilnehmer vor allem *freier Wettbewerb* inklusive Marktzutrittschancen für neue Produkte. Die Sicherung der Wettbewerbsfreiheit ist so wichtig, dass sogar nach Adam Smith, dem erzliberalen Ahnherrn der Markttheorie, der

² Zu den Begriffen Rezeptivität, Folgenreflexivität und Interaktion als Grundelementen einer Typologie von Handlungsweisen vgl. Pöttker, 1997a, 78-97.

Staat sie zu seiner Aufgabe machen muss. Die Realität sieht freilich oft anders aus, wie ein Blick auf die schon erwähnten Wettbewerbsverzerrungen zeigt. Besonders in Sektoren, in denen aufgrund vorangegangener Konzentrationsprozesse Wettbewerbseinschränkungen bestehen, kann Folgenreflexivität als marktkompensierender Regulierungsfaktor wichtig werden. Denn die Verbraucher können ja bestehende Machtverhältnisse zwischen den Anbietern berücksichtigen, wenn sie Folgen für die Angebotsentwicklung zum Sinn ihrer Kaufhandlungen machen.

Die wettbewerbsverzerrende Macht von Großverlagen, zeitweilig Verluste hinzunehmen und durch vorübergehende Angebotsverbesserungen kleinere Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, wäre z. B. geringer, wenn die Leser aufgrund der Einsicht in solche Ungleichgewichte sowie in ihr langfristiges Eigeninteresse dazu übergängen, ihr Abonnementverhalten als Mittel zu betrachten, um auf den Zeitungsmarkt einzuwirken. Zur rapiden Zunahme der Ein-Zeitungs-Kreise hätte es nicht kommen müssen, wenn das an einer vielfältigen Lokalinformation interessierte Publikum den Zusammenhang zwischen der Existenzfähigkeit der Heimatpresse und dem eigenen Kaufverhalten nicht nur durchschaut, sondern zum Motiv für Bestellungen gemacht hätte.

Wir waren in dieser Sache ebenso wenig vorausschauend wie viele andere Leser. Warum waren wir es nicht, und warum erscheint die Vorstellung, dass wir es hätten sein können, naiv bis illusionär?

4. Interaktionsbarrieren zwischen Institutionen und Personen

Mangelnde Folgenreflexivität, die Regulierungsdefizite nach sich zieht, wird nicht zuletzt durch die Sozialstruktur verursacht. Von der Systemtheorie in ihrer elementaren Form ist zu lernen, dass für moderne Gesellschaften ein hoher Grad an Arbeitsteilung (Durkheim, 1977) oder *funktionaler Differenzierung* charakteristisch ist. Das bedeutet, dass sich zahlreiche *Institutionen* herausgebildet haben, die eigens um einer bestimmten Funktion willen existieren. Weil Institutionen auf die Optimierung ihrer Funktion gerichtet sind, bilden sie *bürokratische* Binnenstrukturen heraus. Folglich ist die Bürokratie eine die moderne Gesellschaft durchziehende Quer-Institution, die in allen Bereichen von der staatlichen Verwaltung über die Industrie oder das Gesundheitswesen bis zum Sport oder der Religion anzutreffen ist, natürlich auch in den Medien.

Typisch für bürokratische Strukturen ist, dass mit ihnen in Kontakt stehende Personen es schwer haben, Auswirkungen eigener Handlungen auf die betreffende Institution als solche wahrzunehmen. Beim Feilschen in einem orientalischen Basar merkt der Käufer einer Ware, wie seine Preisangebote die Angebote des Händlers verändern. Der dem Feilschen unterlegte subjektive Sinn besteht auf beiden Seiten gerade in der Antizipation dieser Folgen des eigenen Handelns auf die andere Seite. Dagegen kommt beim Einkaufen im bürokratisch durchorganisierten Warenhaus kein Kunde auf die Idee, mit den Verkäuferinnen zu verhandeln. Auch hier hängen

die Preise letztlich vom Kaufverhalten der Kunden ab, aber weil das Unternehmen sie festgelegt und an der Ware ausgezeichnet hat, werden den Kunden diese Abhängigkeit und die sich daraus ergebenden Einflussmöglichkeiten kaum bewusst. Der moderne Konsument pflegt von einem bezüglich Preis und Qualität feststehenden Warenangebot auszugehen, auf das er seine Kaufentscheidungen bezieht, ohne an deren mögliche Rückwirkungen zu denken. Ähnlich binden Menschen in modernen Gesellschaften ihr Verhalten an fixierte Öffnungszeiten von Läden, Behörden oder Schwimmbädern, an Termine von Wahlen oder Schulferien, an Lehr- und Fahrpläne, Partei- und Fernsehprogramme, Haus-, Prüfungs- und Straßenverkehrsordnungen usw., ohne zu berücksichtigen, dass sie selbst diese Vorgaben beeinflussen (können).

Über den stummen Verweis hinaus fordern Bürokratien ihr Publikum auch explizit auf, die betreffende Institution für unbeeinflussbar zu halten. "Wir richten uns nur nach unseren Vorschriften." "Wir haben die Gesetze nicht gemacht." "Dafür sind wir nicht zuständig." Das sind die typischen Standardsätze. Die Subjekte moderner Gesellschaften sind von einer Umwelt umstellt, die Einwirkungsversuche permanent abweist, indem sie sie für zwecklos erklärt. Die notorischen Hinweise der Systemtheorie auf die Subjektunabhängigkeit der sozialen Realität, die eine Realität "sui generis" sei (Parsons, 1996, 15), sowie auf die Autonomietendenz sozialer Systeme lassen sich als Objektivierung der Selbstdarstellung bürokratischer Eigen-dynamik interpretieren; eine wissenschaftliche Überhöhung, die es den Menschen moderner Gesellschaften zusätzlich schwer macht, folgenreflexiv zu handeln.

Ein weiterer struktureller Grund für den modernen Mangel an Folgenreflexivität ist die *besondere Beschaffenheit* der realen Folgen des Publikumshandelns für die Institutionen. Zwei Eigenschaften dieser Folgen erschweren es, sie als solche wahrzunehmen: zum einen finden sie nicht sofort statt, sondern erst nach einem mehr oder minder langen *Umsetzungsprozess*; zum anderen löst nicht das Handeln eines Individuums allein sie aus, sondern es bedarf dazu eines gleichförmigen Handelns vieler Subjekte, einer erst herzustellenen *Handlungsweise*. (Dass soziale Bewegungen Solidarität ihrer Mitglieder propagieren, zeugt vom Bemühen, diese Barriere zu überwinden.)

Die makrostrukturellen Folgen unserer Handlungen vollziehen sich also durch komplizierte und weitläufige Mechanismen, die durchschaut sein wollen, damit wir diese Folgen für möglich halten und z. B. beim Einkaufen berücksichtigen können. Selbst dort, wo gesellschaftliche Auswirkungen den institutionalisierten Sinn einer Handlung ausmachen, beim politischen Wahlakt nämlich, kann das Bewusstsein vom Verlust der eigenen Intentionen in den komplizierten Übersetzungsmechanismen folgenreflexives Handeln verhindern und zu abstinenterm Verhalten führen.

Politische Partizipation bedeutet *Interaktion* zwischen Bürgern und Staat, bei der beide Seiten die Folgen ihres Tuns und Lassens auf die andere Seite reflektieren. Im Medienbereich hat sich der Begriff *Interaktivität* eingebürgert, um neue Rückwirkungsmöglichkeiten der Rezipienten auf die Produzenten zu bezeichnen. Tatsächlich beeinflusste das Publikum zumindest kommerzielle Medien schon immer, weil

Verleger, Anzeigenkunden und auch Journalisten sich brennend für Auflagenziffern oder Einschaltquoten interessieren und ihre Produktion an den daran ersichtlichen Wünschen der Medienkonsumenten orientieren.

Die auf diesem Umstand beruhenden Einflussmöglichkeiten werden vom einzelnen Leser, Hörer oder Zuschauer jedoch kaum erkannt, da er nicht gewohnt ist, seine Mediennutzung als Komponente einer Auflage oder Einschaltquote zu betrachten und da die von der Produzentenseite aus diesen Parametern gezogenen Konsequenzen mit einer Verzögerung eintreten, die ihren ursächlichen Zusammenhang mit der Mediennutzung verwischt.

Die Empfindung einer Diskrepanz zwischen diffuser Konsumation einerseits und straff organisierter Produktion andererseits trägt überall zur Selbstunterschätzung des Publikums bei. Bei der professionell betriebenen Medienkommunikation kommt noch hinzu, dass traditionelle journalistische Standards wie Unabhängigkeit, Trennungsgrundsätze oder Selbstdistanz die Produzenten daran hindern, die eigene Abhängigkeit vom Publikum im Kommunikationsinhalt zu thematisieren. Das hat schon die Medienkritik der 70er Jahre aufs Korn genommen (Müller, 1973, 11).

Wer heute von Interaktivität redet, meint die technologische Möglichkeit, auf dem Bildschirm sofort Folgen von Handlungen einzelner Zuschauer zu zeigen. Ob dadurch dem Publikum seine Möglichkeiten bewusster werden, über Nutzungsmuster auf die Medien Einfluss zu nehmen und so Fehlentwicklungen wie den Niedergang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks oder die Pressekonzentration im Lokalen zu bremsen, ist zu bezweifeln. Hier scheinen sich eher *illusionäre* Formen der Interaktion zwischen Institutionen und Personen zu etablieren, die das Publikum am Innerwerden seiner Regulierungspotentiale hindern (Pöttker, 1997a, 232-256).

5. Aufklärung als Durchleuchten realer Folgen von Handlungsweisen

Wenn Regulierungsdefizite moderner Gesellschaften auch darauf zurückzuführen sind, dass deren Subjekte ihren eigenen Einfluss auf die Institutionen nicht erkennen, dann kann die Selbststeuerung verbessert werden, indem öffentlich demonstriert wird, wie die Institutionen auf die Handlungsweisen ihres Publikums reagieren. Was die Institutionen mit den Menschen machen, erfährt jeder am eigenen Leib. Was die Menschen mit den Institutionen machen (können), darüber müssen die Menschen aufgeklärt werden. In der Politik ist uns diese Einsicht so vertraut, dass wir selbstverständlich bereit sind, für politische Bildung, die die Bürger über demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten informiert und so ihre Partizipationsbereitschaft stärkt, beträchtliche öffentliche Mittel aufzuwenden. Warum soll die Demonstration von makrostrukturellen Mitgestaltungsmöglichkeiten auf staatsbürgerliche Akte beschränkt bleiben? In der gegenwärtigen Entwicklungsphase der Moderne verlagert sich die Steuerungsfunktion von der Politik auf die Ökonomie. Darauf kann das unvollendete Projekt der Aufklärung die Antwort geben, Folgenreflexivität auch im Konsumbereich zu fördern. Im Zusammenhang mit Steuerungsproblemen

moderner Gesellschaften in der „Deregulierungsphase“ liegt es nahe, unter Aufklärung das Durchleuchten der verwickelten Mechanismen zu verstehen, in denen das *Alltagshandeln* des Subjekts auf die gesellschaftlichen Verhältnisse Einfluss nimmt (*Folgentransparenz*). Aufklärung in diesem Sinne verhilft dem Subjekt überhaupt erst zu der Fähigkeit, weitreichende Folgen seines Handelns für möglich zu halten und zu verantworten.

Dass angesichts des Dickichts der Konsumgüterangebote Verbraucheraufklärung als verlässlicher, vollständiger und verständlicher Überblick über Preise und Qualitäten der angebotenen Waren erforderlich ist, damit der Markt seine Regulierungsfunktion erfüllen kann, ist eine akzeptierte Einsicht. Es gibt auch Versuche, diese Idee auf weitere Sektoren wie das Informations- und Unterhaltungsangebot – Stichwort Medientest (Krotz, 1996) – oder sogar die Politik – Stichwort Parteientest – zu übertragen. Eine Stiftung Medientest, die sich die Qualitätsprüfung publizistischer Produkte zur Aufgabe macht, bedeutet eine erhebliche Verbesserung der Marktregulierung des Mediensektors angesichts

- der mit der Komplexität solcher Produkte zusammenhängenden geringen Qualitätstransparenz,
- der in Deutschland – im Vergleich etwa zu den USA (Ruß-Mohl, 1994) – wenig entwickelten öffentlichen Medienkritik, und
- des aus beidem folgenden Umstands, dass Wettbewerb im Mediensektor bisher fast nur als Kostenwettbewerb und nicht als Qualitätswettbewerb stattfindet (Heinrich, 1996).

Verbraucheraufklärung dieser Art sensibilisiert freilich nicht für Folgen, die Nutzung oder Nicht-Nutzung von Produkten z. B. für die Entwicklung des Angebots haben werden. Reine Produktinformation ist kaum geeignet, das Verantwortungsbewusstsein ihrer Adressaten für die strukturellen Ablagerungen ihres Alltagshandelns zu stärken. Im Gegenteil: Indem sie – entsprechend der klassischen Markttheorie – den Eigennutz der Adressaten in bezug auf einzelne Produkte anspricht und den weiteren Horizont ausblendet, mag sie sogar den Irrtum von der Folgenlosigkeit des eigenen Handelns vertiefen. Wie die Systemtheorie kann auch die klassische Markttheorie aus einer kritischen Perspektive als Rationalisierung dieses Irrtums betrachtet werden.

Der hier gemeinten Aufklärung geht es über Qualitätstransparenz hinaus auch darum, den Sinn ihrer Adressaten dafür zu schärfen, dass Konsumententscheidungen überhaupt makrostrukturelle Auswirkungen haben. Deshalb beschränkt sie sich nicht auf das Hier und Jetzt des einzelnen Produkts, sondern durchleuchtet auch die zeitlichen und sozialen Vermittlungen, durch die Handlungsfolgen sich in einer modernen Gesellschaft einerseits vollziehen und andererseits verhüllt werden.

Sogar im Mediensektor mit seinen komplexen Produkten gibt es Regulierungs- und Versorgungsdefizite, die mit der Undurchsichtigkeit der Produktqualität wenig zu tun haben. Dazu gehört das Zeitungsterben in der Provinz und die Unterversorgung mit Lokalinformationen in einer wachsenden Zahl von Ein-Zeitungs-Kreisen.

Gegen diesen Missstand würde eine Produktevaluation à la Medientest vermutlich wenig helfen. Denn viele Zeitungen, die mittlerweile vom Markt verschwunden sind, dürften tatsächlich eine geringere Qualität des Gesamtprodukts geboten haben als die erfolgreicherer Konkurrenten, die ihren Größenvorteil nutzen konnten, um sich zumindest in der Phase des zugespitzten Wettbewerbs auch einen intensiven Lokalteil zu leisten. Hier hätte offenbar nur die Transparenz der *Marktbedingungen* und der zu erwartenden Auswirkungen von Abo-Rückgängen auf die benachteiligten Wettbewerber zur Erhaltung der kleineren Zeitungen beitragen können. Denn nur dieser Durchblick hätte Leser der Heimatzeitungen möglicherweise motiviert, ihrem Blatt trotz geringerer Qualität seines Mantelteils die Treue zu halten.

Optimale Selbstregulierung eines Gesellschaftsintegrats setzt offenbar optimale Informiertheit über seine Strukturen voraus.

6. Journalismus und Folgentransparenz

Auch Aufklärung kann in einer modernen, arbeitsteiligen Gesellschaft zuverlässig nur von *Institutionen* geleistet werden. Zu den dafür in Frage kommenden gehört der *Journalismus* als Beruf, dessen besondere Aufgabe die Verbreitung von Informationen ist, die das Individuum für die Lebensbewältigung und die Gesellschaft für die Bearbeitung ihrer Probleme brauchen (Pöttker, 1998, 235-241).

Was den *Nachrichtenjournalismus* betrifft, kann das Durchleuchten schwer durchschaubarer Handlungsfolgen nicht bedeuten, noch nicht eingetretene Auswirkungen eines bestimmten Tuns oder Lassens als gewiss vorzustellen, um besser vor Gefahren warnen zu können, die an dieses Handeln geknüpft seien. Denn ein professioneller Standard verlangt hier, umfassend über *bereits Geschehenes* zu berichten, ohne über Zukünftiges zu spekulieren. Wie können Journalisten Folgenreflexivität fördern, ohne die Faktizitätsnorm des Nachrichtenjournalismus zu verletzen?

Wie gesagt: Vor allem gilt es, die Leserin oder den Zuschauer dafür zu sensibilisieren, dass ihre alltäglichen Handlungen *überhaupt* weitreichende Wirkungen haben. Journalisten, die ja keine (Volks-)Pädagogen sind, sollten die Entscheidung, *welche* Handlungen und *welche* Folgen das sind, ihrem Publikum nicht abnehmen wollen. Ihre Aufgabe ist vielmehr, die erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln, damit das Publikum solche Entscheidungen kompetent treffen kann. Aufklärung durch Journalismus bedeutet nicht, Warnschilder oder Wegweiser auf bestimmten Wegen mit vorgegebenen Zielen aufzustellen. Journalistische Aufklärung bedeutet, eine *Landkarte* zu zeichnen, mit deren Hilfe sich die Rezipienten einen Überblick verschaffen können, welche Wege zu welchen Zielen führen.

Welche Techniken stehen Journalisten dabei zur Verfügung, die sich für die Stärkung von Folgenreflexivität eignen? Dazu drei Hinweise:

- Erstens gibt es neben den informierenden journalistischen Formen auch solche, in denen das Spekulieren über noch nicht eingetretene, aber absehbare Folgen aktueller Handlungen durchaus erlaubt ist: die *meinungsäußernden Genres*

Kommentar und Glosse. Dort brauchen Journalisten sich nicht zu scheuen, das Verantwortungsbewusstsein ihres Publikums bei alltäglichen Konsumententscheidungen wecken zu wollen, indem sie öffentlich reflektieren, welche langfristigen Folgen etwa hoher Energieverbrauch haben wird. Leitartikler können außerdem zur Überwindung jener besonderen mentalen Barriere für Folgenreflexivität beitragen, die sich aus der Einsicht in die Kollektivitätsbindung regulierungsrelevanter Handlungen ergibt. Sie können nämlich den Grundsatz, das eigene Handeln beim Erwägen seiner Folgen wie eine Handlungsweise zu betrachten und sich über Zweifel am Verhalten anderer hinwegzusetzen, als einen modernen moralischen Imperativ verbreiten.

- Zweitens kann der Journalismus eine primär wirtschaftlich motivierte Aktivität nutzen, die den unbeabsichtigten Nebeneffekt hat, den Verbrauchern ihre an sich starke Position gegenüber den Unternehmen bewusst zu machen: das *Marketing*. Jeder Werbebrief, jede Anzeige und auch jedes erkennbare Eigenlob im redaktionellen Teil³ demonstriert den Adressaten, dass der Absender an ihnen höchst interessiert, folglich auf sie angewiesen ist. So gesehen hat die traditionelle Berührungsscheu des Journalismus gegenüber Werbung und (Selbst-)Marketing, wie sie sich etwa in der Ziffer 7 des deutschen Pressekodex niederschlägt⁴, durchaus auch eine kontraproduktive, weil Folgentransparenz behindernde Seite. Der Zeitung beigelegte Fragebogen haben wegen des Non-response-bias methodische Tücken (Diekmann, 1996, 359-365); aber sie machen den Lesern immerhin klar, dass das Blatt von ihren Bestellungen lebt. Dieser Effekt ließe sich journalistisch unterstützen, etwa durch eine redaktionelle Erläuterung der Wettbewerbssituation.
- Der dritte Punkt betrifft den *Nachrichtenjournalismus*. Wenn auch das Spekulieren über unbekannte Folgen aktueller Handlungen hier nicht zulässig ist, so ist es doch möglich, bekannte aktuelle Folgen auf bekannte frühere, nicht mehr aktuelle Handlungen zurückzuführen. Der aktuelle Nachrichtenjournalismus braucht also eine *historische Tiefendimension*, wenn er Folgenreflexivität als Faktor gesellschaftlicher Selbstregulierung stärken soll. Entscheidend ist dabei, dass die Gegenwart mit der Vergangenheit in Verbindung gebracht wird, und zwar nicht oder nicht nur über das künstliche Prinzip runder Jahreszahlen (Pöttker, 1997b).

3 Dieser Aufklärungsfaktor wider Willen wird in der an den traditionellen Nachrichtenjournalismus angelehnten Berufsethik als illegitim betrachtet; vgl. den Beitrag von Stephan Ruß-Mohl in diesem Band.
4 Dort ist allerdings nur von Interessen „Dritter“, nicht von den Eigeninteressen des Mediums die Rede: „Die Verantwortung der Presse gegenüber der Öffentlichkeit gebietet, dass redaktionelle Veröffentlichungen nicht durch private oder geschäftliche Interessen Dritter beeinflusst werden. Verleger und Redakteure wehren derartige Versuche ab und achten auf eine klare Trennung zwischen redaktionellem Text und Veröffentlichungen zu werblichen Zwecken.“ (Fassung vom 14. Februar 1996) An dieser Formulierung bleibt unklar, ob redaktionelles Selbstmarketing ausgeschlossen werden soll oder nicht. Auch die erläuternden Richtlinien zur Ziffer 7, die sich hauptsächlich gegen „Schleichwerbung“ wenden, geben darüber keinen letzten Aufschluss.

Journalistische Folgentransparenz, die das zeitliche Verhältnis von Ursache und Wirkung umdreht, hinkt zwar konkreten Problemen hinterher. Auch im Falle unerwünschter Handlungsfolgen lässt sie sich nämlich erst herstellen, wenn diese bereits eingetreten sind. Das muss aber in Kauf genommen werden, wenn das Prinzip Folgentransparenz nicht zu einer Ideologisierung des Journalismus führen soll. Zuspätkommen ist der unvermeidliche Preis überprüfbarer Richtigkeit der Information, also einer zentralen Komponente journalistischer Wahrheit (Pöttker, 1998, 241f.).

Es gibt durchaus Gründe, diesen Preis annehmbar zu finden. Das "Prinzip Verantwortung" bedeutet weniger ein Verbot bestimmter Handlungen, die bekannte unerwünschte Folgen haben, denn dies würde ja die Unbedenklichkeit von Handlungen mit ungewissen Folgen nahelegen; vielmehr bedeutet es vor allem die Präsenz des Wissens, dass Handlungen nicht absehbare und daher auch nicht beabsichtigte Folgen haben können (Jonas, 1979, 391f.), sowie eine aus diesem Wissen gespeiste Skepsis gegenüber der unbedachten Tat. Es bedeutet eine grundsätzliche *Bedachtsamkeit*, mit der Langsamkeit gesellschaftlicher Prozesse als Kennzeichen funktionierender Selbststeuerung einhergeht. (Die von Elementen direkter Demokratie in ihrem politischen System zur Bedachtsamkeit gezwungene Schweiz hat weniger Probleme als manche Länder mit schnellerer, vermeintlich effektiverer politischer Steuerung.) Die grundsätzliche Vorsicht, aus der sich menschengerechte Selbstregulierung speist, lässt sich ebenso gut durch einen Journalismus stärken, der erwünschte wie unerwünschte Handlungsfolgen erst *nachträglich*, wenn sie eingetreten sind, durchschaubar macht.

Zwischen den erwähnten Aspekten gibt es freilich *Widersprüche*. Marketing und Retrospektive beispielsweise vertragen sich schlecht. Als unsere Heimatzeitung ihr Erscheinen einstellte, bedankte sie sich auf dem Titelblatt der letzten Nummer wie üblich bei ihren Lesern und erklärte das Ende damit, dass viele andere Leser sich irgendwann für die Konkurrenz entschieden hatten („Taunus-Kurier“, 30. 9. 1995, 1). Das dürfte eins der wenigen Male in über hundert Jahren gewesen sein, bei denen sie ihre Abhängigkeit vom Publikum zu erkennen gegeben hat. Seitdem sie verschwunden ist, gibt es in der Region keine Zeitung mehr, die ein Interesse hätte, die entstandene Lücke in der Versorgung mit lokaler Information auch nur zu benennen, geschweige denn auf das Verhalten der Leser zurückzuführen, die ja mittlerweile die eigenen Leser sein können. Den nach Fehlregulierungen Übriggebliebenen steht der Sinn verständlicherweise nicht nach einer öffentlichen Debatte über die entstandenen Mängel und deren Ursachen.

7. Wie realistisch ist Folgenreflexivität als Regulierungsfaktor?

Immanente Widersprüche und die Komplexität der zu durchleuchtenden Zusammenhänge mögen das hier skizzierte Konzept unrealistisch erscheinen lassen. Offenbar ist Folgenreflexivität eine intellektuelle Leistung, die die gesellschaftliche Entwicklung den Menschen der Moderne abverlangen mag (Geiger, 1964b, 240-

323), die im Alltag zu erbringen sie aber bisher nicht gewohnt sind. Von der ökonomischen Theorie mag gegen die Hoffnung auf Folgenreflexivität als Faktor von Selbstregulierung z. B. eingewendet werden, dass das Vertrauen auf ein ähnliches Handeln anderer – wie alle „solidarischen Lösungen“ – eine Risikobereitschaft voraussetzt, die von einem realistisch abwägenden, von nüchternem Nutzendenken angetriebenen Handlungssubjekt nicht erwartet werden kann.

In der Tat zeigen empirische Untersuchungen, dass unmittelbare materielle Anreize (z. B. individuelle Heizkostenabrechnung) stärker mit Energiesparen korrelieren als umweltpolitische Aufklärung (Diekmann, 174-199). Allerdings sind gerade im Bereich der Ökologie auch Trends erkennbar, die auf eine Zunahme der Bedeutung von Folgenreflexivität in bezug auf das Ziel des Umweltschutzes schließen lassen. Müll zu trennen ist eine relativ neue Handlungsweise, deren Durchsetzung sich, da sie kaum kurzfristige materielle Vorteile für den einzelnen bietet, im Grunde nur aus der Aufklärung über die ressourcenschonenden Folgen des Recyclings erklären lässt. Auch wenn solche Handlungsweisen wegen der politisch-ökonomischen Strukturen, in die sie eingebunden sind, ohne durchschlagende reale Wirkung bleiben mögen, zeigt sich an ihnen ein im Ernstfall aktivierbares Potential für Selbstregulierung.

Sogar in der Medienpolitik lässt sich gegen einen Pessimismus, der übrigens zum Eintreten seiner eigenen Befürchtungen beitragen kann (die berühmte „self fulfilling prophecy“), ein eindrucksvolles Beispiel anführen: Die „tageszeitung“ gehört bekanntlich zu den ganz wenigen Neugründungen auf dem Markt der überregionalen Tagespresse in der alten Bundesrepublik Deutschland (Weischenberg, 1992, 249f.). Das links-alternative Projekt hält sich seit zwei Jahrzehnten, obwohl sein Produkt sowohl im Preis- als auch im Qualitätswettbewerb konkurrierenden Prestigeblättern wie „Frankfurter Rundschau“, „Süddeutscher Zeitung“ oder „Frankfurter Allgemeiner Zeitung“ unterlegen ist.

Der entscheidende Grund für die ökonomisch kaum erklärbare Existenzfähigkeit der taz dürfte die folgenreflexive Absicht vieler ihrer Bezieher sein, eine Zeitung auf dem Markt zu halten, die wegen ihrer Position im (partei-)politischen Spektrum und wegen ihres erfrischenden journalistischen Stils ein echte Alternative zum übrigen Presseangebot darstellt. Auf dieses Bestellmotiv zielt jedenfalls die Eigenwerbung der permanent ums Überleben kämpfenden Zeitung. Redaktionelles Marketing sowie die Tatsache, dass die Auflage relativ rasch eine „kritische Masse“ erreicht hatte, waren wichtige Voraussetzungen für den bescheidenen Erfolg. Denn durch sie wird für den potentiellen Abonnenten oder Käufer das Risiko gemindert, mit einer folgenreflexiv motivierten Entscheidung für die Zeitung schließlich doch erfolglos zu bleiben, weil zu viele andere nicht dasselbe tun; durch diese Faktoren werden individuelle Bestellhandlungen zu Handlungsweisen gebündelt, mit denen das Publikum auf dem Zeitungsmarkt etwas ausrichten kann.

Durch ihre bloße Existenz erfüllt die taz Regulierungsfunktionen für die deutschsprachige Presse, z. B. weil ihr unkonventioneller Stil auf andere Zeitungen abfärbt (hätte man vor 20 Jahren ein fiktives Gespräch zwischen Altkanzler Kohl und Neu-

kanzler Schröder wie am 3. Dezember 1998 auf dem Titelblatt der „Zeit“ gefunden?) oder weil ihre schlecht bezahlte Redaktion als publizistisches Talentreservoir für andere, etabliertere Blätter dient. Ohne die Folgenreflexivität des Publikums, das die taz bestellt, sähe die Presselandschaft eintöniger aus.

Es wäre falsch, Folgenreflexivität, die auf dem Medienmarkt, beim Umweltschutz oder in anderen Sektoren regulierend wirksam wird, als „altruistisches“ oder „solidarisches“ Handeln zu interpretieren. Auch hier handelt es sich um die Verfolgung von *Eigennutz* – Verfolgung von Eigennutz freilich, die über den nächsten Moment hinausdenkt und gesellschaftliche Zusammenhänge berücksichtigt. Die Aufgabe, Öffentlichkeit als Folgentransparenz herzustellen, verlangt vom Journalisten also nicht, gegen die menschliche Natur anzugehen. Die Erfolgchance eines solchen Journalismus besteht vielmehr darin, die eigennützige Natur darüber aufzuklären, wie sie sich in den komplexen Strukturen einer modernen Gesellschaft auf längere Sicht Geltung verschaffen kann.

Literatur

- Bahrdt, Hans Paul (1984), Schlüsselbegriffe der Soziologie, München: Beck.
- Beck, Ulrich (1986), Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brückl, Reinhold (1993), Als die Homburger zu lesen begannen. Anfänge der hiesigen Presse, in: Aus dem Stadtarchiv. Vorträge zur Bad Homburger Geschichte 1991/92, Bad Homburg v.d.H.: o.V., 65-88.
- Diekmann, Andreas (1996²), Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.
- Durkheim, Emile (1977), Über die Teilung der sozialen Arbeit. Eingel. v. Niklas Luhmann, übers. v. Ludwig Schmidts, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Geiger, Theodor (1964^a), Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit, München: Szczyzny.
- Geiger, Theodor (1964^b), Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts. Mit einer Einleitung und internationalen Bibliographie zu Rechtssoziologie von Paul Trappe, Neuwied, Berlin: Luchterhand.
- Geissler, Rainer (1993), Fortschreibung bestehender Strukturen. Die Folgen der deutschen Vereinigung für das Mediensystem, medium, Heft 1/93, 21-26.
- Heinrich, Jürgen (1994), Medienökonomie. Bd. 1: Mediensystem, Zeitung, Zeitschrift, Anzeigenblatt, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Heinrich, Jürgen (1996), Qualitätswettbewerb und/oder Kostenwettbewerb im Mediensektor?, Rundfunk und Fernsehen, Heft 2/96, 165-184.
- Jonas, Hans (1979), Das Prinzip Verantwortung – Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a.M.: Insel.
- Knoche, Manfred (1978), Einführung in die Pressekonzentrationsforschung, Berlin: Volker Spiess.
- Krotz, Friedrich (1996), Zur Konzeption einer Stiftung Medientest. Mit Diskussionsbeiträgen, Rundfunk und Fernsehen, Heft 2/96, 214-260.
- Lange, Bernd-Peter (1984), Vielfaltstheorem und funktionaler Wettbewerb im Zeitungsmarkt: Realistisches Leitbild oder Ideologie?, in: Kopper, Gerd G. (Hrsg.), Marktzutritt bei Tageszeitungen – zur Sicherung von Meinungsvielfalt durch Wettbewerb, München u.a.: K. G. Saur, 96-107.
- Müller, Hans Dieter (1973²), Die Arbeitswelt – kein Thema für die Presse? in: Eckart Spoo (Hrsg.), Die Tabus der bundesdeutschen Presse, München: Carl Hanser, 11-19.
- Parsons, Talcott (1996⁴), Das System moderner Gesellschaften. München: Juventa.
- Pöttker, Horst (1991), Informelle Politiksteuerung. Zur Interaktion zwischen Politikern, Journalisten und Publikum, Rundfunk und Fernsehen, Heft 1/91, 71-82.

- Pöttker, Horst (1997a), *Entfremdung und Illusion. Soziales Handeln in der Moderne*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Pöttker, Horst (1997b), *Aktualität und Vergangenheit. Zur Qualität von Geschichtsjournalismus*, in: Günter Bentele und Michael Haller (Hrsg.), *Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit*, Konstanz: UVK Medien, 335-346.
- Pöttker, Horst (1998), *Öffentlichkeit durch Wissenschaft. Zum Programm der Journalistik, Publizistik*, Heft 3/98, 229-249.
- Pürer, Heinz und Johannes Raabe (1994), *Medien in Deutschland. Bd. 1. Presse*, München: Ölschläger.
- Ruß-Mohl, Stephan (1994), *Der I-Faktor. Qualitätssicherung im amerikanischen Journalismus – Modell für Europa?*, Zürich, Osnabrück: Edition Interfrom, Fromm.
- Schneider, Beate (1995), *Nach allen Regeln der Zunft: Zeitungswettbewerb in Deutschland*, in: Michael Haller, Klaus Puder und Jochen Schlevoigt (Hrsg.), *Presse Ost – Presse West. Journalismus im vereinten Deutschland*, Berlin: Vistas, 53-63.
- Weber, Max (1972⁵), *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Hrsg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Weischenberg, Siegfried (1992), *Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation. Bd. 1: Mediensysteme, Medienethik, Medieninstitutionen*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kurt Imhof · Otfried Jarren
Roger Blum (Hrsg.)

Steuerungs- und Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft

Westdeutscher Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich

Alle Rechte vorbehalten
© Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen/Wiesbaden, 1999

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der Bertelsmann Fachinformation GmbH.



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.westdeutschervlg.de

Höchste inhaltliche und technische Qualität unserer Produkte ist unser Ziel. Bei der Produktion und Verbreitung unserer Bücher wollen wir die Umwelt schonen: Dieses Buch ist auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Die Einschweißfolie besteht aus Polyäthylen und damit aus organischen Grundstoffen, die weder bei der Herstellung noch bei der Verbrennung Schadstoffe freisetzen.

Umschlaggestaltung: Horst Dieter Bürkle, Darmstadt
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz
Printed in Germany

ISBN 3-531-13486-8

Inhalt

Einleitung: Steuerungs- und Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft..... <i>(Kurt Imhof / Otfried Jarren / Roger Blum)</i>	11
Einführung: Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft und beim Mediensymposium Luzern: Konvergenzen & Divergenzen; Abschied & Fortführung..... <i>(Kurt Imhof)</i>	19
1. Teil: „Deformierung der Öffentlichkeit durch die Entflechtung medial erschlossener Sozialräume von politisch definierten Territorien?“	
Europäische Öffentlichkeit: Historische Voraussetzungen und aktuelle Folgen eines unvollendeten Projekts..... <i>(Andreas Ernst)</i>	25
Europäische Grenzen und journalistische Grenzen Medienkooperationen in europäischen Grenzregionen und das Problem europäischer Öffentlichkeit..... <i>(Bernd Blöbaum)</i>	35
Strategien und Grenzen der Internationalisierung von Massenmedien..... <i>(Jürgen Wilke)</i>	47
Wandel durch Kommerzialisierung: Transnational operierende Medienkonzerne strukturieren Öffentlichkeit und Märkte..... <i>(Werner A. Meier)</i>	61
2. Teil: Ende des Neokorporatismus?	
www.blocher.ch/Mediales Mediales Ereignis-Management und Störpotential einer schweizerischen Oppositionsbewegung..... <i>(Roger Blum)</i>	77

„Boundary Activity“ Zum Verhältnis von politischen Parteien und elektronischen Medien..... (Josef Wehner)	85
Rollenspiele und Systemwechsel Zum Verhältnis von PR, Politik und Journalismus..... (Margret Lünenborg)	100
Inszenierte Öffentlichkeit Eine qualitative Analyse der zentralen Akteure im Fall „Brent Spar“..... (Peter Szyszka)	118
3. Teil: „Kolonialisierung des politischen Systems durch mediale Personalselektion, Ereignisproduktion und plebiszitäre Medienmacht?“	
Politischer Generationenwechsel via Bildschirm? Der Medienfluss auf die parteiinterne Personalselektion bei Helmut Kohl und Gerhard Schröder..... (Christoph Jahr)	139
Politiker: Die Regisseure in der medialen Themenlandschaft der Zukunft? Agenda-Setting-Prozesse im Zeitalter neuer Kommunikationstech- nologien..... (Patrick Rössler)	149
Antagonismen politischer Kommunikation in dramatologischer Perspektive..... (Jochen Hoffmann)	167
Politische PR-Kultur? Zur These der Amerikanisierung der politischen Kommunikation..... (Barbara Pfetsch)	180
4. Teil: Steuerungs- und Regelungsmöglichkeiten in der Infor- mationsgesellschaft?	
4.1 Bedingungen medialer Selbstregulation	
(Selbst-)Steuerung des Mediensystems durch Medienjournalismus und Medien-PR..... (Stephan Ruß-Mohl)	197